

Es bedarf konkreter Zusagen

Bisher beharrte Bürgermeister Hollatz darauf, dass das Projekt Linie 4 von Kostensteigerungen verschont bleibt und die vor Jahren festgelegte Investitionssumme von 41,1 Millionen nach wie vor Gültigkeit habe. Nachdem der Landkreis die Gemeinde Lilienthal aufgefordert hat, endlich eine aktuelle Kostenschätzung vorzulegen, sind scheinbar über Nacht die Kosten für das Projekt auf 48,1 Millionen gestiegen. Flugs wurde eine neue Beschlussvorlage erstellt und den Ratsmitgliedern mitgeteilt, dass der Kostenanteil für den Lilienthaler Investitionsanteil nun nicht mehr 4,1 Millionen beträgt, sondern 7,0 Millionen. Allein der Lilienthaler Anteil verteuert sich um drei Millionen. Die Höhe der Folgekosten für dieses Projekt sind nicht bekannt. Nicht genug damit, Bund und Länder, die den Löwenanteil an den 48,1 Millionen tragen sollen, haben ihre Zusage aber nur auf Basis der ursprünglichen 41,1 Millionen gegeben. Mithin muss Lilienthal den gesamten Teuerungsbetrag von 7,0 Millionen zusätzlich tragen, wenn nicht Bund und Länder noch ein Einsehen haben. Damit würde dann der Gesamtanteil für Lilienthal auf über 13 Millionen klettern. Der Bürgermeister sagt, er hätte Signale erhalten, dass Bund und Länder vielleicht doch noch einspringen. Signale reichen nicht, Herr Hollatz, konkrete und unwiderfliche Zusagen sind erforderlich. Da gibt es auch eine unterschiedliche Auffassung zwischen der Gemeinde Lilienthal und dem Finanzamt. Darf die Gemeinde die Mehrwertsteuer dieses Projektes als Vorsteuer geltend machen oder nicht? Das Finanzamt sagt nein! Gibt es keine positive Lösung für Lilienthal, verteuert sich das gesamte Projekt auch noch um die Mehrwertsteuer. Bisher hat Lilienthal als Planungskosten 500 000 Euro eingestellt, jetzt gibt Bürgermeister Hollatz zu, man habe sich geirrt, es sind über zwei Millionen! In einem Nebensatz wird in der Beschlussvorlage erwähnt, das Lilienthal jährlich, zeitlich unbegrenzt, 540.000 an die Stadt Bremen für die Einrichtung der Verkehrsbedienung zahlen muss. Was das ist, wird nicht gesagt. Die Bürger Lilienthals sind nun zurück im Mittelalter und zahlen Wegegeld, um mit der Straßenbahn nach Bremen fahren zu dürfen.

HERBERT ROSCHEN, LILIENTHAL